

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 6

Artikel: Internationales Forum für den Frieden
Autor: Bundi, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Internationales Forum für den Frieden

Martin Bundi, ehemaliger SP-Nationalrat und Nationalratspräsident aus Chur, der 1990/91 auch die aussenpolitische Kommission dieses Rates präsiert hat, stellt das Projekt eines «Internationalen Forums für den Frieden» vor. Es soll vor allem dem internationalen Dialog zwischen Fachleuten der Friedens- und Sicherheitspolitik mit Politikerinnen und Politikern dienen. Die Schweiz würde das Projekt finanzieren und damit ihre friedenspolitische Tradition neu beleben. Der Autor hat diesen Beitrag für ein Buchprojekt «Visionen für die Schweiz» geschrieben, das offenbar nicht zustande gekommen ist. Martin Bundi ist der zutreffenden Meinung, dass sein Aufsatz auch «eine Weiterführung der Friedensthematik» im Aprilheft dieses Jahres sein könnte. Red.

Eine Vision für den Frieden

Das lateinische Wort «*forum*» bedeutete einerseits Marktplatz oder Markt, anderseits öffentliches Leben, das heisst den Ort, wo sich das Geschäfts- und Handelsleben, die Rechtspflege und die Politik abspielten. Im heutigen Sprachverständnis ist Forum auch der Ort, wo ein Gespräch über ein wichtiges Thema stattfindet. Die Vision eines internationalen Forums für den Frieden geht von der Idee aus, dass die Schweiz der zentrale Ort für den permanenten Dialog über den Frieden werden sollte.

Wie brüchig der Friede in der Welt ist, wird uns tagtäglich vor Augen geführt. Wähte man sich bis vor kurzem noch in einem sicheren Europa, so haben die schrecklichen Ereignisse und Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien (Bosnien- und Kosovokrieg) uns eines anderen belehrt. Die Schweiz ist nur sehr beschränkt in der Lage, den Frieden auf der Welt zu fördern: Erstens, weil sie nicht Mitglied wichtiger internationaler Organisationen wie *UNO* oder *EU* ist, welche die wichtigsten Initiativen ergreifen, und zweitens, weil auch dort, wo unser Land diese Organe unterstützen könnte (Blauhelme, UNO-Friedensdienst) der politische Wille keine Mehrheit findet.

So verbleibt der Schweiz der Einsatz im

Europarat und in der OSZE, als internationaler Konferenzort sowie im humanitären Bereich. So lobenswert das Engagement in diesen Bereichen ist, es ist nur sehr rudimentär. Der Beitrag unseres Landes muss rein objektiv als zu bescheiden taxiert werden. Er wird von aussen betrachtet auch angesichts des Reichtums des Finanzplatzes Schweiz kaum hoch eingeschätzt. Der Zweck des Kleinstaates Schweiz darf sich nicht in Selbstgenügsamkeit und Selbstzufriedenheit erschöpfen. So wie die Solidarität im Innern unter den vier Volkskulturen eine anerkannte Staatsmaxime ist, gehört auch – über eine grosszügige Geldsammlung hinaus – ein überzeugtes Engagement nach aussen zum Wesen der schweizerischen Staatsidee und Identität. Es gilt, aus der Erstarrung der Nachkriegsjahre auszubrechen und einen neuen Sinn zu finden. Die Schaffung des «Internationalen Forums für den Frieden» kann diesen Durchbruch bedeuten.

In der Tradition der Schweiz

Der Einsatz für den Frieden liegt in der geschichtlichen Tradition der Schweiz. Einmal in derjenigen ihrer eigenen staatlichen Entwicklung. Bis weit zurück ins Mittelalter reichen in Verträgen und Bündnisabschlüssen die Bestimmungen über

Schiedsgerichte – zum Teil in ausgeklügelter Form –, welche zu verhindern hatten, dass Streitigkeiten untereinander zu gewalttätigen Konflikten ausarteten. Der lange Bestand der Eidgenossenschaft ist nicht zuletzt diesem Instrument zuzuschreiben. Es dürfte auch heute mit mehr Insistenz und Phantasie von der Diplomatie in die zuständigen Gremien der internationalen Gemeinschaft eingebracht werden. Zweitens hat unser Land im weltweiten Einsatz für den Frieden eine Glanzzeit aufzuweisen: die Epoche von ca. 1860 bis 1920. Am bekanntesten ist hier wohl das humanitäre Wirken des Genfers *Henri Dunant*, das seinen Höhepunkt mit der Gründung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes 1863 erlebte. Diese Institution gilt nach wie vor als eine pionierhafte Schöpfung, die dank dem Willen des Schweizer Volkes auch kontinuierlich aufrechterhalten, ausgebaut und gestärkt werden konnte und die weltweit einen guten Ruf geniesst.

Weniger bekannt ist der schweizerische Beitrag im Rahmen der *bürgerlich-liberalen internationalen Friedensbewegung* des 19. Jahrhunderts. Der sechste Kongress dieser Bewegung fand 1867 in Genf unter dem Vorsitz des Berner Regierungsrates (aus dem Jura) *Pierre Jolissaint* statt. Aus diesem Kongress ging die «*Ligue de la Paix et de la Liberté*», die bis etwa 1920 bestand, hervor. An einem Kongress in Paris wurde 1889 die *Interparlamentarische Union* gegründet, welche sich für ein internationales Recht statt das Recht des Stärkeren einsetzte. Diese Union tagte 1892 im Nationalratssaal in Bern unter dem Vorsitz des bern-jurassischen Nationalrates *Albert Gobat* und beschloss, in Bern ein ständiges «Bureau» einzurichten, mit dessen Leitung Gobat betraut wurde. Fast gleichzeitig wurde am dritten Weltkongress für den Frieden 1891 in Rom beschlossen, eine gemeinsame Zentralstelle für sämtliche Friedensgesellschaften der Welt in der Schweiz einzurichten. Diese Stelle, «*Internationales Friedensbüro*» genannt, wurde dem Genfer Liberalen und ehemaligen Nationalrat *Elie Ducommun* übertragen, der sie mit grossem Elan bis zu seinem Tod (1906) leitete,

worauf sie Gobat weiterführte. Ducommun und Gobat erhielten beide 1902 den Nobelpreis für den Frieden zugesprochen.

Die Hauptimpulse zur Friedensförderung kamen also aus der *Westschweiz*. In bescheidenerem Ausmass erfolgten sie aber auch aus anderen Landesteilen. So exponierten sich z.B. drei namhafte Bündner Persönlichkeiten: *Gian Töndury* in Samedan gründete die Engadiner und später Bündner Sektion des Grossen Bundes für den Frieden und übersetzte 1898 das Buch der Österreicherin *Bertha von Suttner* «Die Waffen nieder» (1889) ins Romanische. Der aus Trin stammende Bundesrat *Felix Calonder* gehörte zu den eifrigsten Befürwortern der Gründung des Völkerbundes; dank seinem beharrlichen Einsatz im Bundesrat, im Parlament und in der Volksabstimmung wurde das Vorhaben Wirklichkeit und Genf zum Sitz dieser neuen Organisation. Von *Leonhard Ragaz* aus Tamins schliesslich wurde der Friedensgedanke stets wieder vorgetragen und weit über unsere Landesgrenzen hinaus verbreitet.

Die *Völkerbundsära* fiel leider nicht erfolgreich aus, was das Desengagement der Schweiz von der weltweiten Mitarbeit zur Folge hatte. Spätere Friedensinitiativen waren weniger tragfähig und konzentriert als diejenigen um 1900. So hatte auch die Abrüstungsinitiative des Westschweizer Liberalen *Chevallier* 1956 in der Schweiz keine Chance, obschon er vom edlen Grundsatz ausgegangen war, «... que s'il existe aujourd'hui un coin du monde qui a le droit – et le devoir – de miser sur la paix, c'est l'Europe. Et que si, en Europe, un pays est désigné pour faire le premier pas, c'est la Suisse» (Nouvelle Revue de Lausanne, 10. April 1954).

Eine Zentralstelle für Beobachtung, Dokumentation und Dialog

Es wäre unehrlich zu unterstellen, die Schweiz tue heute nichts für die Friedensförderung. Würde man den Katalog ihrer Tätigkeiten aufzählen, gäbe es eine lange Liste. Unter dem Begriff von traditionellen und neuen «guten Diensten» figurieren

Beiträge von Seiten der Diplomatie und der Armee an die friedenserhaltenden Aktionen der UNO und der OSZE, dazu gehören das Angebot der Schweiz als Konferenzort und Sitzland internationaler Organisationen sowie die humanitären Leistungen, das Rote Kreuz und die Flüchtlingspolitik. Und dennoch ist das zu wenig. Seit bald hundert Jahren ist *kein grösserer Durchbruch* mehr erfolgt, sind nicht entscheidende Initiativen von unserem Land ausgegangen. Darum unsere realistische Vision des internationalen Forums für den Frieden:

Gemeint ist damit eine *Zentralstelle* («Büro») mit einer effizienten Infrastruktur zur Organisation von stets wieder neuen Podiums- oder Runde-Tisch-Gesprächen. Ihre Aufgabe ist es, am Frieden interessierte Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft zum Dialog zusammenzuführen. Die Zentralstelle muss weltweite Kontakte aufrechterhalten zu allen relevanten, mit der Lösung von Konflikten betrauten Personen, insbesondere auch zu jenen, die sich der präventiven Diplomatie widmen. Sie sammelt Informationen über alle sich abzeichnenden und herrschenden aktuellen Konfliktherde; zu diesem Zweck errichtet sie eine Dokumentationsabteilung.

Die Zentralstelle soll aber nicht Aufgaben übernehmen, die bisherige Institutionen bereits erfüllen. So ist sie grundsätzlich keine Forschungsstätte. Sie hat sich darauf zu konzentrieren, genau zu *beobachten*, was sich in Richtung Krieg oder Frieden tut, und die an vielen Orten auf der Welt angesammelte *Kompetenz zur Konfliktlösung* abzurufen und zu mobilisieren, d.h. die Sicherheits- und Friedensfachleute mit den Politikerinnen und Politikern ins Gespräch zu bringen, damit diese praktische Lösungsmöglichkeiten erarbeiten.

Das Forumsangebot an Dienstleistungen muss flexibel gehandhabt werden. Es sind Gespräche im kleinen Kreis, in Gruppen und in grösserem Stil zu ermöglichen, je nachdem die Thematik es erfordert. In der Grundanlage sollen die Gespräche *Seminar-Charakter* haben. Protokolle, Schlussfolgerungen und Beschlüsse müssen *öffentlich* zugänglich sein. Die Organisation aller

Forumsgespräche hat einen hohen Grad an Professionalität aufzuweisen. Wichtige Erkenntnisse aus den Forumsdiskussionen sind den interessierten internationalen Gremien zur Kenntnis zu bringen.

Das «Forum für Internationale Friedensförderung» ist auch räumlich flexibel zu handhaben. Die Zentralstelle ist Organisations-, Beobachtungs-, Registrier- und Dokumentationsmittelpunkt, die *Gesprächsforen* aber sind *dezentralisiert* durchzuführen. Gegenüber dem heutigen Schwergewicht der internationalen Tagungen in der Westschweiz sind andere Landesteile mitzuberücksichtigen, die z.B. vom Lillienberg am Bodensee über Bad Ragaz – das schönste historische Bad der Schweiz –, das Engadin oder das Südtessin reichen können. Dabei ist auf die natürliche und ruhige Umgebung sowie das kulturelle Umfeld zu achten. Die Tagungsgäste sollen in einer Atmosphäre der Behaglichkeit und des kulturellen Angebotes verweilen können.

Das «Internationale Forum für Friedensförderung» ist vollumfänglich von der Schweiz zu tragen; die *Finanzierung* ist durch Bund und Kantone sicherzustellen. Sie könnte auch durch die vorgesehene «*Schweizerische Solidaritätsstiftung*» erfolgen. Der Beitrag unseres Landes an die internationale Gemeinschaft ist als teilweise Kompensation dafür zu verstehen, dass die Schweiz in wichtigen Organisationen nicht als Vollmitglied mitwirkt. Die neue Friedensinstitution soll davon Zeugnis ablegen, dass die Schweiz mit der Vertiefung der Friedensidee ihre *humanitäre Tradition neu beleben* will.

Insgesamt ist das Projekt geeignet, der *Staatsidee Schweiz* einen neuen Sinn zu verleihen. Durch die Aktivitäten des «Forums Schweiz» wird unsere Bevölkerung für das Schicksal der anderen Völker sensibilisiert. Die Erweiterung des Blickwinkels – weg von rein eigenfixierten Interessen und hin zu den Anliegen der Nachbarn – kann ein engagiertes Verständnis für unsere Aussenbeziehungen fördern: für eine offene und solidarische schweizerische Aussenpolitik.